



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zum Modellversuch „Konfessioneller Religionsunterricht mit erweiterter Kooperation“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bildung und Kultus über den Modellversuch „Konfessioneller Religionsunterricht mit erweiterter Kooperation“ (RUmeK) zu berichten. Der Bericht soll insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:

- Intention und Chronologie des Modellversuchs
- Organisation und Durchführung
- Bisherige Evaluationsergebnisse (erteilte Unterrichtseinheiten, Erteilung nach Schularten, Verhältnis der Schülerinnen- und Schülerzahlen nach Konfession, Akzeptanz innerhalb der verschiedenen Akteursgruppen, Qualität des Unterrichtsangebots, Vereinbarkeit konfessionsspezifischer Inhalte)
- Ausblick

Begründung:

Der Modellversuch RUmeK ermöglicht es betreffenden Schulen in Bayern, dass Schülerinnen und Schüler der Minderheitskonfession am konfessionellen Religionsunterricht der Mehrheitskonfession teilnehmen können, sofern eine parallele Einrichtung von katholischen und evangelischen Lerngruppen wegen einer zu geringen Anzahl an Schülerinnen und Schülern gemäß § 27 Abs. 2 Bayerische Schulordnung (BaySchO) nicht möglich ist (weniger als fünf Schülerinnen und Schüler).

Laut Kultusministeriellem Schreiben (KMS) vom 29.05.2019 (Nr. III.3-BS7402.1/5/5) wurde der Modellversuch zunächst auf zwei Jahre befristet eingerichtet. Dahingehend ist von Interesse, wie es bislang um die Akzeptanz des Modellversuchs innerhalb der Schulfamilie und der zuständigen Kirchen steht und inwiefern eine verstärkte konfessionelle Kooperation langfristig den Ausfall von Unterrichtseinheiten kompensieren könnte.